



Die Fotos auf diesen Seiten stammen aus der letzten Woche von den Demonstrationen von Daimler und WP-Beschäftigten in Sindelfingen und Böblingen  
rf-fotos

# Die Rente mit 67 ins Visier nehmen!

Viele weitere  
Berichte und  
Hintergründe zum  
Thema in der  
aktuellen Ausgabe

**Mehr als 120.000 Metallerrinnen und Metallarbeiter aus 300 Betrieben hatten sich bereits bis zum letzten Wochenende an Warnstreiks für eine neue Altersteilzeitregelung beteiligt. Weitere 100.000 sind durch die bundesweite Ausweitung hinzugekommen.**

Dass heute nur ganz wenige in der Produktion bis 65 und schon gar nicht bis 67 durcharbeiten können, ist in den Belegschaften keine Frage. Selbst bezogen auf alle Beschäftigten kann sich laut einer DGB-Studie allenfalls noch jeder Zweite vorstellen, „wahrscheinlich“ die „derzeitige Tätigkeit bis zur Rente ausüben (zu) können.“

Da die bisherige Altersteilzeitregelung von der Großen Koalition zum Jahr 2009 abgeschafft wird, wollen die Unternehmerverbände in dieser Tarifrunde ein früheres Ausscheiden von Kollegen weiter beschränken und von ihrer Willkür abhängig machen. Gerade einmal zwei Prozent, gegenüber jetzt noch bis zu fünf Pro-

zent, sollen – jedoch erst ab 63 – in Altersteilzeit gehen können. Ohne erzwingbaren Anspruch und gekoppelt an eine 20-jährige Betriebszugehörigkeit, mit 12 Jahren Nacht- oder Dreischicht in den letzten 15 Jahren, sodass schon so genannte „Normalschichten“ ausgeschlossen wären. Das wäre noch einmal eine Verschärfung der eh schon unerträglichen Ausbeutungsoffensive in den Betrieben.

## „Rente mit 60 – ohne Abschläge“

Solche selbstgemachten Schilder bei den Streikaktionen ebenso wie die vielerorts verteilten Flugblätter der MLPD stoßen auf große Zustimmung und zeigen, auf welches Tor hier gestürmt werden muss. Nämlich gegen die Rente mit 67, die neben Hartz IV ein Kernstück der arbeitereindlichen Regierungspolitik ist. Wer nicht mehr mithalten kann, soll sich zuerst kaputt- und krankschuffen und dann

mit Hartz IV und mit bis zu 17 Prozent Rentenabschlag in Altersarmut gedrückt werden. Massive Rentensenkungen für die einen und Auspowerung der Älteren, während massenhaft Jugendliche auf der Straße stehen. Und wenn die Unternehmerverbände jetzt ihre Mär von den „unverzichtbaren älteren Arbeitnehmern“ aufstischen, die nicht „aufs Abstellgleis geschoben werden dürfen“, so sieht die Realität anders aus. 676.787 Männer und Frauen zwischen 55 und 64 Jahren waren laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2008 offiziell arbeitslos gemeldet. In den letzten drei Jahren ist diese Zahl um ein Drittel drastisch gestiegen.

## Die Rente mit 67 muss fallen!

Vor diesem Hintergrund ist die Bereitschaft zum Kampf in den letzten Wochen besonders bei den massenhaften Warnstreiks in Baden-Württemberg von Mal zu Mal angestiegen.

„Warum aber nur im Südwesten? – das geht alle an!“, war vielfach der Tenor. Der eigentliche Grund für die große Beteiligung an den Streikaktionen ist jedoch nicht eine irgendwie geartete „Übergangslösung“ für die Altersteilzeit, sondern der aufgestaute Unmut über die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Während die Frage der Altersteilzeit höchstens 5 Prozent der Belegschaften unmittelbar betrifft – auch wenn die aktuelle Regelung vollständig erhalten bliebe – sind von der Rentenaltererhöhung alle betroffen. Das zeigen auch die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit: Ende 2007 gab es laut ihrer Schätzung 415.000 Beschäftigte in Altersteilzeit von zirka 40 Millionen Beschäftigten insgesamt, also nur etwas mehr als 1 Prozent. Als politische Hauptforderung muss deshalb auch „Weg mit der Rente 67“ im Zentrum stehen! Das haben auch die letzten Gewerkschaftstage von IG Metall und Ver.di gefordert, aber nach den Aktionen vom Frühjahr 2007

hat sich die Gewerkschaftsführung klammheimlich davon verabschiedet. Höchstens zur Bundestagswahl 2009 soll die Frage noch mal „thematisiert“ werden. Die Rente mit 67 darf aber nicht auf parlamentarische Scheingefechte im Wahljahr vertagt werden, sie muss fallen! Die Tarifrunde zur Altersteilzeit kann dem am besten dann dienen, wenn die Kräfte dafür gesammelt und vorbereitet werden – auch über die Metallindustrie hinaus.

## Angst und Heuchelei in der SPD-Führung

Schon einmal – 1996 – konnte ein arbeiterfeindliches Gesetz, damals zur Streichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, nicht gegen die politischen Streiks der Arbeiter, ausgehend von Daimler, durchgesetzt werden (siehe Seite 7). Das war der Anfang vom Ende der Kohl-Regierung und später musste auch das ganze Gesetz zurückgenommen werden.

Die Angst vor einer solchen Entwicklung zur Arbeiteroffensive auf breiter Front ist es, die die SPD nun schnell zu dem Präsidiumsbeschluss trieb, die Altersteilzeit über 2009 hinaus um 6 Jahre zu verlängern. So sollen „Härten bei der Rente mit 67 abgemildert“ werden. Damit reizt die SPD-Führung zwar auch die CDU/CSU als Regierungspartner, die eine solche Verlängerung ablehnt, aber im Kern ist es pure Heuchelei nach dem Motto: Erst arbeiterfeindliche Gesetze beschließen und dann versuchen, sich an den Kampf der Kollegen anzuhängen, um ihm die Spitze zu nehmen! Die Diskussion über solcherart „Beruhigungspillen“ wird die Auseinandersetzung in den Betrie-

ben und Gewerkschaften eher noch weiter politisieren!

Stellt sich doch die Frage, wie diese Tarifrunde eigentlich weiterzuführen ist: Soll „ergebnisoffen“ verhandelt werden, allenfalls die bisherige unzureichende Altersteilzeitregelung verteidigt und auf die SPD-Beschlüsse gehofft werden – wie es die Gewerkschaftsführung bislang mehr oder weniger praktiziert – oder wird Monopolen und Regierung offensiv entgegengetreten?

## Auf offensive Art kämpfen!

Offensive Forderungen müssen gestellt werden! Bezahlte Altersteilzeit bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Unternehmergewinne. Keine Verrechnung mit der Lohnstarifrunde, wie sie von dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler schon angedeutet wurde.

Die ins Spiel gebrachte Ausrichtung auf Betriebsvereinba-



rungen schwächt nur die einheitliche Front der Arbeiterproteste, die gerade erst ihre Wirkung zu entfalten beginnen

und bundesweit geführt und ausgeweitet werden müssen! Gewarnt ist genug – jetzt die volle Kampfkraft entfalten!

## Jung und Alt – einig im Kampf!

Dass 1.000 Auszubildende aus verschiedenen Daimler-Betrieben und anderen Großbetrieben am 9.6. in einer kämpferischen Demonstration vor das Verhandlungslokal über den Altersteilzeitvertrag zogen, zeigt, dass sie Verantwortung für die ganze Klasse zu übernehmen bereit sind. Der gemeinsame Kampf für die **30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** ist bestens geeignet, den Kampf gegen die ständige Auspowerung der Arbeiter in den Betrieben zu entwickeln, die ja nicht erst mit 50 beginnt. Es ist auch nicht damit getan, hier und da für einen auscheidenden Kollegen einen jungen einzustellen. Was wir brauchen, ist eine **10-prozenti-**

## Den ökonomischen mit dem politischen Kampf verbinden

Die Forderungen zur Verbesserung der Altersteilzeit müssen bewusst in den Zusammenhang mit dem Angriff auf die Rente mit 67 gestellt werden, aber auch mit dem Kampf für die Forderung nach dem **vollständigen und allseitigen gesetzlichen Streikrecht**, wie es zum Beispiel in Frankreich, Spanien oder Italien schon lange existiert. Denn arbeiterfeindliche Gesetze können eben nicht durch Tarifverträge ausgehebelt oder aufgehoben werden, sie können aber durch den selbständigen politischen Kampf zu Fall gebracht werden. Darum gilt es zum gegebenen Zeitpunkt, auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinauszugehen und den branchenübergreifenden Schulterschluss vor allem der Konzernbelegschaften zu organisieren und weitergehend die internationale Arbeiter-

einheit zu schaffen. Letztlich wird in der ganzen EU versucht, die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse massiv zu beschneiden.

## Mit dem Ziel des echten Sozialismus kämpfen!

Erst wenn der Kapitalismus beseitigt ist, kann der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht mehr der Profit. Dann können auch die jetzt viel beschworenen „flexiblen Übergänge“ aus der Produktionsarbeit bei breitem Einsatz all der Erfahrungen der Älteren in der Gesellschaft Wirklichkeit werden.

V.i.S.d.P.: D. Grünwald, Königsberger Str. 30, 45881 Gelsenkirchen

## Auch ich interessiere mich für die MLPD, die Partei, die die Einheit von Jung und Alt praktiziert

### Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- ein persönliches Gespräch
- in einer Initiativgruppe zum Aufbau der MLPD mitmachen

- das Parteiprogramm der MLPD (96 S., 2,00 €)
- Dauerspender der MLPD werden
- Informationsmaterial zugeschickt bekommen

Bitte senden an:  
Zentralkomitee der MLPD  
Schmalhorststr. 1c  
45899 Gelsenkirchen  
(alle Angaben werden  
vertraulich behandelt)

Name, Vorname  
.....  
Straße  
.....  
PLZ, Ort  
.....

## ... mehr erfahren über die Arbeit der MLPD mit einem Abo

### Ich möchte:

- Einzelexemplar 1,50 €
- Probeabo vier Wochen kostenlos

### Abo mit folgender Zahlungsweise:

- 5,00 Euro monatlich (nur per Bankeinzug möglich)
- 15,00 Euro vierteljährlich
- 27,50 Euro halbjährlich
- 50,00 Euro jährlich
- 50 + ..... Euro Förderabo (z. B. + 25 oder + 50 Euro, frei festzulegen, u. a. zur Finanzierung der Sozialabos)

### Sozialtarif für Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene

- 28,50 Euro Jahresabo Sozialtarif
- 15,00 Euro Halbjahresabo Sozialtarif
- 8,50 Euro Vierteljahresabo Sozialtarif
- Einzelversand im Umschlag + 0,20 Euro pro Ausgabe, 10,00 Euro im Jahr

Bitte mit Absender einsenden an: Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen, Tel.: 02 01/2 59 15, Webshop: www.neuerweg.de  
Eine Abbestellung soll vier Wochen vor Ende des Zahlungszeitraums erfolgen.

**Rote Fahne**  
Wochenzeitung der MLPD